

Antrag 155/I/2018

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Keine bayerischen Verhältnisse

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
2 hauses werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
3 die Berliner*innen, sowie hier wohnende Menschen, vor
4 dem neuen bayerischen Polizeigesetz geschützt werden.

5

6 Im Detail heißt das:

- 7 • Die Bewaffnung bayerischer Polizist*innen bei Ein-
8 sätzen in Berlin muss den Berliner Gesetzen folgen
- 9 • Die Überwachung von digitalen Daten und Daten-
10 verkehr, von Berliner*innen darf nicht ohne richterli-
11 chen Beschluss erfolgen. Eine Veränderung selbiger
12 darf in keinem Fall stattfinden.

13

14

15 **Begründung**

16 Die Bayrische Regierung hat ihrer Polizei Befugnisse ein-
17 geräumt, die uns als Sozialdemokrat*innen erschrecken
18 lassen. Seit '45 hatte keine innerstaatliche Behörde einen
19 so großen Spielraum, was die Überwachung, Verhaftung
20 und Ausführung von Gewalt im Dienst angeht. Wir sehen
21 die Gefahr, dass die Polizist*innen Bayerns Personen oh-
22 ne strafrechtliche Gründe verhaften oder ihnen durch die
23 Veränderung von Daten Straftaten anhängen. Wir wollen
24 dem nicht tatenlos zuschauen und schützen die Grund-
25 rechte unserer Bevölkerung.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
hauses werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass
die Berliner*innen, sowie hier wohnende Menschen, vor
dem neuen bayerischen Polizeigesetz geschützt werden.

Im Detail heißt das:

- Die Bewaffnung bayerischer Polizist*innen bei Ein-
sätzen in Berlin muss den Berliner Gesetzen folgen
- Die Überwachung von digitalen Daten und Daten-
verkehr, von Berliner*innen darf nicht ohne richterli-
chen Beschluss erfolgen. Eine Veränderung selbiger
darf in keinem Fall stattfinden.
- **Kein Datenaustausch bis das Gesetz aufgehoben ist**